

Veranstaltungswirtschaft übergibt Forderungen an Bundesregierung



Foto: Alexander Franz

Der deutsche Veranstaltungssektor zählt weltweit zu den größten. Über 88% der Events sind Wirtschaftsveranstaltungen. Doch der politisch vergessene Wirtschaftszweig wird in keinem Wahlprogramm erwähnt. Finanzstaatssekretärin Bettina Hagedorn nahm heute den Forderungskatalog entgegen, der von den Teilnehmern der Bundeskonferenz Veranstaltungswirtschaft beschlossen wurde.

Die heutige Bundeskonferenz Veranstaltungswirtschaft und die mitwirkenden Akteure engagieren sich für die Leidtragenden des sechstgrößten Wirtschaftszweigs Deutschlands. Denn der Sektor – mit mehr als 240.000 Unternehmen, 1,13 Mio. Beschäftigten und einem Jahresumsatz vor der Krise von rund 81 Mrd. Euro – war während der Covid-19-Pandemie für Politik und Öffentlichkeit unsichtbar. Die politischen Forderungen wurden nun gemeinsam gefunden und ausformuliert, um den Fokus der nächsten Regierung wesentlich stärker auf die Notlage der Veranstaltungswirtschaft zu richten.

Der Katalog besteht aus 33 politischen Forderungen an die neue Regierung. Schon die fünf wichtigsten Ansprüche zeigen die noch immer bestehenden Probleme der Branche. Und dies trotz der bisherigen Hilfsbemühungen der Regierung. Die erste

Forderung ist die Anpassung des Überbrückungsprogramms. Um der Veranstaltungswirtschaft eine Perspektive zu geben, soll dieses bis sechs Monate über das Ende aller Covid-19-Einschränkungen hinweg verlängert werden.

Als zweites soll die Neustarthilfe ebenfalls verlängert werden auf über sechs Monate nach Krisenende. Schließlich haben Veranstaltungen einen Planungsvorlauf von bis zu zwölf Monaten, bevor eigene Umsätze für eine Stabilisierung sorgen können. Derzeit ist die Neustarthilfe zu gering und liegt unter Mindestlohn und Existenzminimum.

Drittens wird die geplante Beendigung der Kurzarbeit am 31. Dezember 2021 zu weitreichenden Kündigungen ab Herbst führen. Wegen der andauernden Planungsunsicherheit fordert die Bundeskonferenz eine Verlängerung der Kurzarbeit ebenfalls bis sechs Monate nach Beendigung aller Corona-Beschränkungen. Das beinhaltet den vereinfachten Zugang, die erhöhten Sätze und die Übernahme von 100 Prozent der Sozialversicherungskosten – auch über das Corona-Ende hinaus.

Viertens muss es einen „Marshallplan“ für die Branche geben. Dieser muss ein Investitionsprogramm für Neustart und Ausfallkosten beinhalten. Fünftens wird ein Regierungsbeauftragter für die Branche verlangt, nach dem Vorbild des Beauftragten für Tourismus und Mittelstand.

Auf der Bundeskonferenz wurden elf Vertreterinnen und Vertreter gewählt, die die Veranstaltungswirtschaft gegenüber Regierungsstellen repräsentieren werden. Dies sind Jörg Steffen Balzert, Veranstaltungstechniker, Sandra Beckmann, Selbstständige bei Event Kombinat Castrop-Rauxel, Christian Eichenberger, Vorstandsvorsitzender der Party Rent Gruppe, David Eickelberg, Inhaber der Touchdown! Event Solutions, Marcel Fery, Vorstandsmitglied der TSE AG für Veranstaltungstechnik, Alexander Franz, Kreistagsfraktionsassistent bei den Grünen, Mike P. Heisel, Musik- und Medienmanager, Kerstin Meisner, Herausgeberin beim memo-media Verlag, Jennifer Mulinde-Schmid, Inhaberin Schwarze Heidi, Alexander Ostermaier, Mit-Initiator von #AlarmstufeRot und langjähriger Geschäftsführer von Neumann & Müller Veranstaltungstechnik, sowie Bernard vom Bauer, Projektleiter bei Atmosphere Wiesbaden.

Alle Forderungen, die diskutiert und beschlossen wurde, finden Sie im Detail unter folgendem externen [Link](#) als PDF-Datei.

www.forward.live